

AußenwirtschaftsNews – China

04/2026

Mit unserer monatlichen Veröffentlichung *AußenwirtschaftsNews* informieren wir Sie in kompakter Form über wichtige wirtschaftliche und politische Entwicklungen auf Auslandsmärkten. Die *AußenwirtschaftsNews* gibt es derzeit für die USA, Mittel- und Osteuropa sowie China.

1 Konjunktur und Wirtschaft

- Die Wirtschaftslage in China bleibt weiterhin schwach. Unverändert belasten die Immobilienkrise, eine schwache Konsumnachfrage, industrielle Überkapazitäten und internationale Handelskonflikte die Wirtschaft. Zudem leidet Chinas Wirtschaft unter den Folgen des Iran-Kriegs.
- Zwischen 50 und 60 Prozent der Öl- und Gasimporte Chinas kommen aus der Golfregion und Iran. Um die negativen Folgen der gestörten Lieferwege zu begrenzen, greift China verstärkt auf seine strategischen Erdölreserven zurück. Zudem hat das Land vor allem seine Importe aus Russland, aber auch aus Brasilien und Angola erhöht.
- Die steigenden Energiepreise belasten den ohnehin schwachen Konsum. Auch die Industrieproduktion verteuert sich.
- Chinas Exporte haben sich im März spürbar abgeschwächt. Sie übertrafen das Vorjahresniveau nur um 2,5 Prozent. Im Zwei-Monats-Durchschnitt Januar / Februar lag das Plus noch bei 21,8 Prozent.
- Der Internationale Währungsfonds (IWF) erwartet für das laufende Jahr ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in China von nur 4,4 Prozent. Damit läge der Zuwachs knapp unter dem Wachstumsziel der chinesischen Regierung von 4,5 Prozent. Für 2027 prognostiziert der IWF ein noch schwächeres Wirtschaftswachstum von 4,0 Prozent.

2 Sicherheitspolitik

Am 7. April 2026 veröffentlichte der chinesische Staatsrat die Verordnung über die Sicherheit von Industrie- und Lieferketten. Sie trat mit sofortiger Wirkung in Kraft. Die Europäische Handelskammer in China kritisierte die Verordnung in einer [Pressemitteilung](#):

- **Rechtsunsicherheit:** Die vagen Begriffe der Verordnung ermöglichen weitreichende Eingriffe seitens des Staatsrats und machen es europäischen Unternehmen schwer, rechtsicher zu handeln. Beispielsweise wird dem Staatsrat eingeräumt, gegen jedes ausländische Unternehmen oder Einzelperson vorzugehen, die den normalen Handel stört, diskriminierende Maßnahmen gegen chinesische Bürger und Organisationen verhängt

oder einen Schaden für Chinas Industrie- und Lieferketten darstellt oder tatsächlich verursacht. Welche konkreten Handlungen darunter fallen, erläutert die Verordnung nicht.

- **Kollision mit EU-Recht:** Ausländische Unternehmen können bestraft werden, wenn sie „Untersuchungen und andere Informationssammelaktivitäten im Zusammenhang mit Industrie- und Lieferketten“ durchführen. Da viele europäische Unternehmen EU-Richtlinien zur Sorgfaltspflicht in der Lieferkette einhalten müssen, wonach sie Audits durchführen müssen, um Transparenz entlang ihrer gesamten Lieferkette nachzuweisen, besteht das Risiko, dass die im Rahmen dieser Prozesse erhobenen Informationen als Verstoß gegen chinesisches Recht ausgelegt werden.

Mögliche Konsequenzen für Unternehmen oder Personen, bei denen solche Handlungen festgestellt werden, umfassen Beschränkungen oder Verbote von Investitionen in China, Beschränkungen oder Verbote von Transaktionen oder Kooperationen mit chinesischen Organisationen, Ausreise- oder Einreiseverbote für Einzelpersonen oder die Aufhebung des Aufenthaltsstatus in China.

3 Handelspolitik

- Die EU-Kommission hat am 18. März 2026 [Antidumpingzölle](#) auf Einfuhren von Phosphorsäure aus der Volksrepublik China in die EU verhängt. Der endgültige Antidumpingzoll beträgt 122,8 Prozent. Seine Einführung folgt auf eine Untersuchung der Kommission, bei der festgestellt wurde, dass Phosphorsäure aus China zu gedumpten Preisen in die EU eingeführt wird und der EU-Industrie Schaden zufügt. In der EU werden jährlich etwa 9.000 Tonnen Phosphorsäure verbraucht.
- Das EU-Parlament und der Rat der EU erzielten eine [politische Einigung über die Maßnahme zum Schutz der EU-Stahlindustrie vor weltweiten Überkapazitäten](#). Sie soll den negativen handelsbezogenen Auswirkungen der weltweiten Überkapazitäten im Stahlsektor, die in großen Teilen durch chinesische Subventionen an heimische Stahlproduzenten hervorgerufen werden, entgegenwirken. Die neue Maßnahme sieht Folgendes vor:
 1. Ein Kontingent in Höhe von 18,3 Millionen Tonnen darf pro Jahr zollfrei in die EU eingeführt werden.
 2. Außerhalb des Kontingents greift ein Zollsatz von 50 Prozent für 30 Kategorien von Stahlerzeugnissen.
 3. „Melt & Pour“-Anforderung, nach denen das Land ermittelt wird, in dem der Stahl ursprünglich geschmolzen und gegossen wurde, sollen Zollumgehungen verhindern und die Transparenz der Lieferkette erhöhen.

Die Maßnahme gilt für importierte Erzeugnisse aus allen Ländern mit Ausnahme der EWR-Länder. Für letztere gelten lediglich die „Melt & Pour“-Anforderungen. Der

vereinbarte Text wird nun vom EU-Parlament und vom Rat zur formellen Annahme geprüft.

4 Finanzmarkt

Die chinesische Aufsichtsbehörde für Devisen hat angekündigt, die Vorschriften für grenzüberschreitende Kreditvergaben von Banken zu lockern. Laut einer am 15. April 2026 veröffentlichten [Mitteilung](#) dürfen in China tätige Banken künftig deutlich mehr Kredite an Unternehmen im Ausland vergeben. Dadurch erhalten chinesische Firmen, die im Ausland tätig sind, leichter Zugang zu günstigen Finanzierungen, was ihre Wettbewerbsposition verbessert. Der Verschuldungsgrad für Auslandsdarlehen von ausländischen Banken in China wird von 0,5 auf 1,5 angehoben. Die Verschuldungsquote für Auslandsdarlehen der chinesischen Export-Import-Bank wird von 3 auf 3,5 angehoben.

5 Rohstoffe

Im vergangenen Jahr hat Deutschland mehr Seltene Erden eingeführt als im Jahr zuvor. Die Importmenge erhöhte sich laut [vorläufigen Angaben](#) des Statistischen Bundesamts um 4,9 Prozent von 5.200 auf 5.500 Tonnen. Auch der Importwert der Einfuhren legte zu und stieg von 64,5 Millionen Euro auf 77,6 Millionen Euro. Gleichzeitig ging der Anteil der Lieferungen aus China zurück: 2025 stammten 55,4 Prozent der importierten Seltenen Erden von dort, nachdem es im Jahr davor noch 65,4 Prozent gewesen waren.

6 Geistiges Eigentum

China holt bei Patenten auf. Das geht aus den Zahlen des Europäischen Patentamts (EPA) hervor. 2025 hat China seine Patentanmeldungen um 9,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesteigert und hat damit Japan vom dritten Platz verdrängt. Huawei belegt Rang 2 unter den Top-10-Patentanmeldern beim EPA. Deutschland liegt weltweit weiterhin auf Rang 2 (Quelle: [WELT](#)).

7 Wettbewerb

Die Ausfuhren von Autos aus China in die Europäische Union haben im Jahr 2025 erstmals die Schwelle von einer Million überschritten. Das ergibt sich aus dem aktuellen [Economic and Market Report](#) des Verbands der Europäischen Automobilhersteller (ACEA). Dem Bericht zufolge erhöhte sich die Zahl der aus China in die EU eingeführten Fahrzeuge im vergangenen Jahr um 30,7 Prozent auf insgesamt 1.006.188 Stück. Im Gegenzug gingen die Autoexporte der EU nach China im selben Zeitraum um 43 Prozent zurück.



8 Global Governance

Am 30. März wurde in Peking die von China angestoßene [World Data Organization \(WDO\)](#) ins Leben gerufen. Nach eigenen Angaben verfolgt sie das Ziel, den sicheren und rechtskonformen Austausch von Daten zu fördern sowie die Digitalwirtschaft zu stärken. Die WDO beschreibt sich als unabhängige internationale Organisation. Beobachter bewerten die Gründung als Teil einer breiteren Strategie Chinas, alternative Global-Governance-Strukturen aufzubauen und seinen Einfluss auf internationale Diskussionen zur digitalen Ordnung strukturell zu festigen.

Ansprechpartner

Tatjana Vargas

Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-442
tatjana.vargas@vbw-bayern.de
www.vbw-bayern.de

Elias Kerperin

Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-422
Elias.kerperin@vbw-bayern.de
www.vbw-bayern.de

Hinweis:

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.